



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 10. August 2020

Rahmenabkommen höhlt das Milizprinzip aus

Das Milizprinzip ist eine tragende Säule des Schweizer Staatswesens. Es ist wichtig, dass Politikerinnen und Politiker neben ihrem politischen Engagement im Berufsleben und in der Gesellschaft verankert bleiben. Das schafft Vertrauen, hält die Politik am Boden und ermöglicht den wichtigen Knowhow-Transfer von der Praxis in die Politik. Das Milizprinzip wird aber zunehmend geschwächt und unterwandert. Auf Bundesebene ist leider eine schleichende Entwicklung hin zu einem Berufsparlament zu beobachten. Auf lokaler Ebene schwindet das bürgerschaftliche Engagement. Es stellen sich immer weniger Personen für ein Amt zur Verfügung, sei es in der Gemeinde, im Verein, in der Feuerwehr oder anderen gesellschaftlichen Organisationen. Das Rahmenabkommen würde diese leidigen Tendenzen massiv verstärken und somit das Milizprinzip weiter unterhöhlen.

Lokale Ebene würde weiter geschwächt

Das Milizprinzip hat zwar immer noch eine hohe Akzeptanz, dennoch wird regelmässig darüber berichtet, wie dieses Engagement nicht mehr selbstverständlich und es sogar teilweise sehr schwierig sei noch Personen für lokale Milizämter zu finden. Dann kommen üblicherweise Lösungsansätze, die auf Fusionen oder höhere Entschädigungen hinauslaufen. Dies schießt aber am Kern des Problems vorbei und kann sogar kontraproduktiv sein. Bei Befragungen von Miliztätigen ergibt sich jeweils, dass sie sich vor allem mehr Handlungsspielraum wünschen. Somit ist eigentlich der Zentralismus das grösste Problem und die schwindende Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung auf lokaler Ebene. Das frustriert und schränkt die Motivation, sich kommunal zu engagieren massiv ein. Zu oft ist zu hören, das sei kantonale oder durch den Bund schon geregelt. Nicht selten stellt auch das weitläufige internationale Recht eine Hürde für lokale Autonomie dar. Das Rahmenabkommen würde hier eine enorme Ausweitung der zentralen Kompetenzen installieren. Der Bund würde gestärkt gegenüber den Kantonen und Gemeinden. Und das EU-Recht, die EU-Kommission in Brüssel und der EU-Gerichtshof in Luxemburg würden die Handlungsfreiheit und Innovation auf Gemeindeebene ebenfalls weiter limitieren. Dabei spielt insbesondere das EU-Beihilferecht eine einschränkende Rolle. Aber auch im Bereich Sozialhilfe würde der lokale Einfluss weiter schwinden, weil die EU dann



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

das Sagen hätte. Die Konsequenz: Das Rahmenabkommen würde also lokale Milizämter und demokratisches Engagement noch unattraktiver machen.

Mehr volksferne Berufspolitik wegen Rahmenabkommen

Als ob das nicht schon genug wäre und das Milizprinzip nicht schon genug geschwächt würde. Das Rahmenabkommen und die institutionelle Anbindung an die EU-Institutionen würde auch auf nationaler und womöglich kantonaler Ebene das Milizprinzip unterlaufen. Diese politische Integration und Ankopplung an den EU-Apparat führen zu mehr Bürokratie, mehr Papier- und Paragrafenflut und Juristerei. Auch die Reisetätigkeit der Bundesverwaltung und des Parlaments würde ausgebaut. Es werden etliche neue Gremien und Koordinationsorgane geschaffen. Der Verwaltungsapparat müsste noch mehr aufgebläht werden. Dies würde die Professionalisierungstendenz weiter anfeuern. Die Milizpolitikerinnen und -politiker werden dann definitiv zu einer Randerscheinung. Nichtgewählte Beamten und fremde Richter würden das Zepter übernehmen und technokratische Entscheide fällen. Die Verankerung der Politik in Gesellschaft und Wirtschaft ist so immer weniger gegeben. Man darf sich dann nicht wundern, wenn Entscheidungen in Bern oder in Brüssel volks- und praxisfern gefällt werden. Immer mehr Staatsausgaben, mehr Regulierungen und Freiheitsverlust werden die Folge sein. Das Milizprinzip als tragende Säule der Schweizer Demokratie wäre dann passé.



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch



Rahmenabkommen



Berufspolitik

Zentralismus

Bürokratie

Milizprinzip

Lokale Mitsprache

Praxis- und Volksnähe

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt